AufDraht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!

Herausgeber: DKP München und Gruppe KAZ *25. April 2023*

Tarifrunden: Stolz sein und den Druck aufrechterhalten 2

Volkswagen: Betriebsräte klagen gegen Lohnkürzung 4

Recht: Wir lassen und das Streikrecht nicht nehmen! 4

International: Ohne Kampf der Arbeiter keine Zukunft..... 6

Heraus zum 1. Mai!
Kampftag der Arbeiterklasse!

9.30 Uhr: Auftakt am Arbeitsamt Kapuzinerstraße
10.00 Uhr: Demonstration zum Marienplatz
11.00 Uhr: Kundgebung des DGB

Foto: Peter Kneffel

Stolz sein und jetzt den Druck aufrechterhalten!

Mit dem gemeinsamen Warnstreik von Verdi und EVG am 27. März wurde der öfftentliche Nah- und Fernverkehr wie auch Teile des Luftverkehrs weitgehend lahmgelegt.

Dieser Streiktag zeigte, wieviel Potenzial in gemeinsamen Streikaktionen der Beschäftigten liegt. Auf diese größte Streikbewegung seit Jahren, auf diesen Hammerstreik, können die Kolleginnen und Kollegen Kollegen und Kollegen und Kollegen stolz sein!

500.000 waren bis dahin in Warnstreiks und Aktionen auf der Straße (Auf Draht berichtete). Verdi konnte mehr als 70.000 neue Kolleginnen und Kollegen aufnehmen. Streik ist die beste Mitgliederwerbung! Nach dem respektlosen Angebot des Verbands kommunaler Arbeitgeber (VKA) in der zweiten Verhandlungsrunde erklärte Verdi die Verhandlungen für gescheitert. Das „faire Angebot“ von Faeser (SPD) für Bund und VKA: Fünf Prozent Lohnerhöhungen auf 27 Monate, schnell verpuffende Einmalzahlungen in Höhe von 2.500 Euro und überproportionale Erhöhungen

Foto: Stefan Puchner

für Beschäftigte in den Entgeltgruppen 13 bis 15 (mit Hochschulabschluss). Die 10,5 Prozent und 500 Euro mindestens für alle wurden vom Tisch gefegt. Nach dem Scheitern wäre sofort eine Urabstimmung einzuleiten und der Erzwingungsstreik vorzubereiten gewesen. Aber es kam anders.

Am 30. März dann die Schlichtung. Die wäre nicht zwingend gewesen! Nach einer Vereinbarung der Tarifvertragsparteien des Öffentlichen Dienstes wurde 2011 das Verfahren eingeführt. Demnach kann eine Partei die Schlichtung anrufen, was der VKA gemacht hat. Hat sich Verdi darauf einlassen müssen mit dem Rückenwind von einer halben Million streikender Kolleginnen und Kollegen?

Die „Schlichtung“ ist immer ein Instrument zur Unterbrechung – „Abkühlungsphase“ – von laufenden Kämpfen wie jetzt der Warnstreiks. Bei der Auseinandersetzung geben zwei unbeteiligte, „neutrale Schlichter“, diesmal von SPD und CDU, den Ausschlag. Auf dicken Polstern sitzend tüfteln sie aus, was die bekommen sollen, die seit der letzten Tarifrunde vor zwei Jahre bei zweistelligen Inflationsraten ihre Knochen hingehalten, ihre Gesundheit verschlissen haben. Nun steht fest, dass die ursprüngliche Forderung so gut wie halbiert und dann auch noch auf zwei Jahre verteilt werden soll. Nach dem Muster des Postabschlusses. Dieser Empfehlung hat Verdi zugestimmt. (Siehe Kasten und Artikel zur Post)

Das Schlichtungsergebnis vom 15. April ist eine Empfehlung und wieder nicht zwingend. Die Friedenspflicht ist aufgehoben. Am 22. April sind die nächsten Verhandlungen in Potsdam. Über das Ergebnis entscheidet eine Mitgliederbefragung. Bei Ablehnung dann Urabstimmung über einen Erzwingungsstreik. Aber Achtung! Siehe Postabschluss, der verhandelt wurde trotz Einleitung der Urabstimmung.

Überall versuchten die Kolleginnen und Kollegen während der Schlichtung, den Druck aufrecht zu erhalten. In Resolutionen aus verschiedenen ÖD-Bereichen quer durchs ganze Land wird gefordert:

- 10,5 Prozent, 500 Euro mindestens!
- 12 Monate Laufzeit voll durchsetzen!
- kein Abschluss unter Inflationsrate und 12 Monate Laufzeit!
- kein Abschluss, ohne die ganze Kampfkraft auszuschöpfen!
- Nein zur Kompensation durch Einmalzahlungen!
- Erzwingungsstreik vorbereiten!

Ein kleiner Erfolg wurde in München schon erzielt. Die Kolleginnen und Kollegen der Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) hatten bisher einen Haustarifvertrag (TV-MVG). Sie forderten die Übernahme in den besseren Tarifvertrag Nahverkehr (TV-N). Den haben die Kolleginnen und Kollegen nun durch einen zweitägigen Streik Anfang März erkämpft!

■*krn*

Grußadresse von **Antony Allen**, Vertrauensmann der Gewerkschaft Unite für die Fahrerinnen und Fahrer bei der Müllabfuhr in Coventry, **Großbritannien**:
„Solidarität mit den streikenden Kolleginnen und Kollegen in Deutschland. Ich war letztes Jahr sieben Monate im Streik bei der Müllabfuhr in Coventry. Wir haben aus dem gesamten Land und auch international große Unterstützung für unseren Arbeitskampf erhalten. Wir sehen gerade eine wachsende Streikwelle, mit der die Bosse zu Lohnerhöhungen gezwungen werden. Als Arbeiterinnen und Arbeiter können wir gewinnen, wenn wir kämpfen. Solidarität mit eurem Kampf!“ (labournet, 24. März 2023)

Wie läuft eine Schlichtung

Ziel der Schlichtung ist eine einstimmige Einigungsempfehlung. Kommt sie nicht zustande, entscheidet die einfache Mehrheit der 26 stimmberechtigten Mitglieder. Enthaltungen sind nicht möglich, auch Minderheitsvoten sind nicht zulässig. Die Schlichtungskommission muss spätestens nach einer Woche eine Empfehlung abgeben. Danach haben die Tarifparteien wieder das Wort. (Aus: Gegenblende, 4. April 2023, von Rainer Bispink, bis 2017 Hans-Böckler-Stiftung)

Das **Ergebnis der Verhandlung** am 22. April deckt sich weitgehend mit der Empfehlung der Schlichtungsommission. Danach erhalten die Beschäftigten eine steuer- und abgabenfreie Inflationsausgleichszahlung in Höhe von 3.000 Euro. Die Auszahlung beginnt mit einem Betrag von 1.240 Euro netto im Juni 2023. In den Monaten Juli 2023 bis einschließlich Februar 2024 gibt es monatliche Zahlungen in Höhe von je 220 Euro netto. Die Einkommen der Beschäftigten steigen ab dem 1. März 2024 tabellenwirksam um einen Sockelbetrag von 200 Euro plus 5,5 Prozent. (...) Die Laufzeit des Tarifvertrages beträgt 24 Monate bis zum 31. Dezember 2024. (...) Verdi startet nun eine Mitgliederbefragung zum Tarifergebnis. Am 15. Mai 2023 entscheidet die Bundestarifkommission für den öffentlichen Dienst final. (Quelle: Pressemitteilung verdi vom 22. April 2023)

Deutsche Post AG: 85,9 Prozent für Streik, dann schneller Abschluss!

100.000 Kolleginnen und Kollegen waren in 24-Stunden-Warnstreiks, eine Beteiligung wie schon lange nicht mehr. Sie hatten 15 Prozent und 12 Monate Laufzeit gefordert. Nach drei Verhandlungen erklärte Verdi das Scheitern und leitete die Urabstimmung für einen Erzwingungsstreik ein. 85,9 Prozent stimmten dafür! Währenddessen wurde in einer vierten Verhandlung überraschend abgeschlossen. Das Ergebnis:

- April 2023 Einmalzahlung von 1020 Euro, nicht tabellenwirksam
- Mai 2023 bis März 2024 monatlich 180 Euro Einmalzahlung, nicht tabellenwirksam
- ab April 2024: 340 Euro monatlich in die Tabelle

Das alles bei einer Laufzeit von 24 Monaten, was mehr als eine Halbierung der Forderung bedeutet. Das erinnert stark an den Abschluss bei der IG Metall, aus 8 Prozent wurden 4 Prozent. Weiter heißt das für die Postler, ein Jahr keine tabellenwirksame Erhöhung. Der sog. Inflationsausgleich, die Einmalzahlungen, werden sehr geschickt über die Laufzeit verteilt, sodass bei den Kolleginnen und Kollegen immer die Kasse klingelt. Nur 61,2 Prozent stimmten bei der Urabstimmung für das Ergebnis.

Betriebsräte klagen

Mehrere Betriebsräte von Volkswagen wehren sich mit Klagen gegen Gehaltskürzungen infolge eines Urteils des Bundesgerichtshofes (BGH).

Das erste Verfahren dieser Art am Arbeitsgericht in Hannover begann am Dienstag, wie ein Gerichtssprecher der Presseagentur *dpa* sagte. Gegenstand sei ein Antrag eines Betriebsratsmitglieds von VW-Nutzfahrzeuge in Hannover-Stöcken. Nach Angaben aus VW-Betriebsratskreisen geht der Betriebsrat gegen eine Entgeltreduzierung um rund 300 Euro brutto pro Monat vor. Nach Angaben des Gerichtsprechers aus Hannover sollen an den Arbeitsgerichten Braunschweig und Emden ähnliche Verfahren von VW-Betriebsräten anhängig sein. (junge Welt, 12. April 2023)

Im oben erwähnten Urteil steht allerdings nichts von vorzunehmenden Lohnkürzungen. Der 6. BGH-Strafsenat hat festgestellt: „Das Arbeitsentgelt freigestellter Betriebsratsmitglieder ist nach der Vergütung vergleichbarer Arbeitnehmer mit betriebsüblicher Entwicklung zu bemessen.“ Nach § 134 Bürgerliches Gesetzbuch gilt dabei, die Vereinbarung einer „unzulässigen Begünstigung“ ist rechtsungültig. Ganz offensichtlich fühlen sich die Auto-Kapitalisten von VW (möglicherweise auch andere) beim „unzulässigen Begünstigen“ – im Klartext: Bestechen von Betriebsräten – ertappt.

Das BGH-Urteil ist dabei ein willkommener Vorwand, um es auch mal ohne zu versuchen und sich durch Lohnkürzungen Kosten zu sparen. Den davon betroffenen Betriebsräten ist zu wünschen, dass ihre Klage bei ihnen zu der Einsicht führt, sich nicht mehr schmieren zu lassen, also nicht mehr gegen die Belegschaft gerichtete Maßnahmen des Kapitals, wie u. a. Entlassungen, ohne Nutzung ihrer Rechte aus dem Betriebsverfassungsgesetz, kritiklos durchzuwinken. ■*Lu*

Wir lassen uns das Streikrecht nicht nehmen!

Mülltonnen blieben voll, Kindertagesstätten geschlossen, U-Bahnen und Züge standen still und Flugzeuge blieben am Boden.

Als Verdi und die Eisenbahnergewerkschaft EVG einen Tag gemeinsam streikten, wurde auch hierzulande etwas von der Macht spürbar, die Arbeiter haben, wenn sie gemeinsam kämpfen.

Entsprechend empört reagierten Kapitalistenverbände und kommunale Politiker. „Dies komme einem Generalstreik ziemlich nahe“, wetterte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeinebundes, Gerd Landsberg von der CDU (Süddeutsche Zeitung, 28. März 2023). Kapitalvertreter, wie der Geschäftsführer der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), forderten gleich eine Verschärfung des Streikrechts. Streiks sollten 4 Tage vorher angekündigt werden und z.B. im Verkehrswesen grundsätzlich nur nach einer Zwangsschlichtung erlaubt sein. Überhaupt sei ein Gesetz erforderlich, das Arbeitskämpfe zur Ausnahme erkläre. Ja, unsere sich doch so sozial und demokratisch gebenden Kapitalisten reagieren äußerst empfindlich, wenn der Gang ihrer Geschäfte gestört wird, ihre Profite gefährdet sind. Selbst das hierzulande geltende, kümmerliche Streikrecht greifen sie dann an, das doch bereits Streiks auf Tarifverhandlungen beschränkt, schön getrennt nach Bereichen und ansonsten Friedenspflicht vorschreibt. Ein Streikrecht, das nach herrschender Meinung vor allem ein Streikverbot beinhaltet: den gemeinsamen Streik aller Gewerkschaften, den Generalstreik. Es geht zurück auf Juristen wie Hans Carl Nipperdey.

Generalstreik verboten?

Der hatte schon während des Faschismus an dem „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ mitgewirkt. Nachdem die Gewerkschaftshäuser gestürmt, die Parteien verboten, Gewerkschafter eingesperrt und ermordet worden waren, bedeutete dieses Gesetz dann die völlige Entrechtung der Arbeiter. Befehlsgewalt hatten die Vorgesetzten, die Arbeiter wurden zur Gefolgschaft erklärt und den Führern gegenüber

☐ ***Ich will die Auf Draht gerne regelmäßig bekommen – bitte schickt mir immer die neue Ausgabe!***
☐ ***Ich will die DKP kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!***
☐ ***Ich will die Gruppe KAZ kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!***

Vorname und Name ***Tel.:***

Straße, Postleitzahl und Wohnort ***eMail:***

Bitte einsenden an: Auf Draht • c/o Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München

zum absoluten Gehorsam verpflichtet. Maul halten und schuften für Nation und Führer, für Kriegsvorbereitung und Krieg, so der Geist dieses Gesetzes und der Herren, die es verfassten.

Dieser Nipperdey war dann 1952 als juristischer Gutachter der Meinung, ein Streik sei nur erlaubt, wenn er gegen Arbeitgeber um bessere Arbeitsbedingungen geführt werde. Ansonsten könnten die Unternehmen Schadensersatz verlangen. So urteilten denn auch die Richter gegen die (mittlerweile in Verdi aufgegangene) Industriegewerkschaft Druck. Diese hatte zum Streik aufgerufen gegen die Verabschiedung eines Betriebsverfassungsgesetzes, das nach dem Krieg erkämpfte Fortschritte zunichte machte.

Später wurde Nipperdey Richter am Bundesarbeitsgericht und setzte diese Rechtsprechung gegen die IG Metall fort, als die Metaller 1956 für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall kämpften.

Das ist die rechtliche Grundlage, wenn bis heute behauptet wird, ein politischer Streik sei verboten. Richtersprüche, die noch den Geist derjenigen atmen, die nach der Befreiung vom Faschismus wieder in Amt und Würden kamen, weil sie gebraucht wurden. Gebraucht von den Siemens und Quandt, Krupp und Thyssen, von den Herren der Deutschen Bank, von BASF und Bayer, die sich noch einmal retten und von Neuem ihre Herrschaft aufbauen konnten.

Und daran sollen wir uns noch halten? Jedem sollte klar sein: Noch kommt kein Gewerkschaftsführer ins Gefängnis, wenn er zum Generalstreik aufruft. Und aus Angst vor Schadensersatzforderungen in die Knie zu gehen, ist schlichtweg unverantwortlich. Auch gegen Schadensersatzforderungen kann man Computer und Maschinen abschalten, Bahnen und Busse stillstehen lassen.

Angesichts von Forderungen des Kapitals, dieses jämmerliche Streikrecht auch noch weiter einzuschränken; angesichts Vieler, die nicht mehr wissen, wie sie von ihrem Lohn Heizung, Miete, Essen, die Ausbildung ihrer Kinder bezahlen sollen; angesichts von Milliarden und Abermilliarden für Aufrüstung, Kriegsvorbereitung und Krieg wird der gemeinsame Kampf der Arbeiter über alle Branchen hinweg überlebensnotwendig. ■*gr*

Aktion am 1. Mai, 12.15 Uhr, Marienplatz
Waffen runter – Löhne rauf!
Alle in den Streik gegen Aufrüstung, Krieg und Inflation
(Gruppe KAZ)

Anzeige

50 Jahre UZ
unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung der DKP

Kommunistische Standpunkte, marxistische Analysen – Woche für Woche.

6 Wochen kostenlos testen! Digital & Print

www.unsere-zeit.de • www.uzshop.de
E-Mail: abo@unsere-zeit.de
Tel.: 0201 17788915 • Fax: 0201 17788928

Ohne Kampf der Arbeiter keine Zukunft

Neuigkeiten zu den Kämpfen in Frankreich, Portugal und Griechenland.

Foto: Stefane de Sakutin

Die Forderungen der CGT: 15 Euro Mindestlohn – 32 Stunden Arbeit in der Woche – Rente mit 60.

Frankreich:
Trotz zahlreicher Generalstreiks und Millionen von Menschen, die gegen die geplanten Verschlechterungen bei den Rentenbestimmungen auf die Straße gegangen sind, hat der französische Präsident Macron das Gesetz nun durchgeboxt. Da klar war, dass es im Parlament keine Mehrheit findet (bereits eine Folge der Kämpfe), hat er es per Dekret erlassen, was in Frankreich unter bestimmten Bedingungen möglich ist. Die Wut der Arbeiter wurde dadurch nur größer. Am 6. April streikten und demonstrierten wieder fast 2 Millionen Arbeiter, Rentner und Schüler dagegen. Auch nach der Zustimmung des Verfassungsrates gingen die Kämpfe weiter. Am 20. April besetzte eine Gruppe von Gegnern der Rentenreform die Lobby des Börsenbetreibers Euronext. „Uns wurde gesagt, dass es kein Geld gibt, um die Renten zu finanzieren“, sagte Fabien Villedieu von der Gewerkschaft Sud-Rail. Aber man müsse nicht den Arbeitern das Geld aus der Tasche ziehen, es sei welches in den Taschen der Milliardäre. Die Gewerkschaften orientieren nun auf Aktionen in den nächsten Wochen, auf den 1. Mai. Und es gibt Aufrufe, Olympia-Baustellen zu bestreiken: „Gibt es die Rentenreform – gibt es kein Olympia.“

Portugal:
Auch in Portugal gehen seit dem letzten Herbst Tausende auf die Straße. In vielen Bereichen wird so viel gestreikt, wie seit längerer Zeit nicht mehr. Auch aufgrund der zurückliegenden EU-Spardiktate, der Kürzungen im Sozial- und anderen Bereichen, ist die Armut groß und wird nun durch die Inflation noch größer. Am 18. März hatte der Gewerkschaftsverband CGTP zu einer landesweiten Demonstration aufgerufen. Zehntausende sind gekommen und forderten: „Wir wollen Frieden, Brot und Wohnung“

Griechenland:
Nach dem verheerenden Zugunglück im Februar mit fast 60 Toten (siehe Auf Draht vom 14. März 2023) traten nicht nur die Eisenbahner sofort in einen Streik, sondern Zehntausende, vor allem auch Studenten, gehen seither auf die Straße. Bahngewerkschafter hatten vor der Katastrophe die Unternehmensführung mehrmals auf unverantwortliche Zustände hingewiesen. Doch es passierte nichts. Umso größer ist die Wut. Am 16. März riefen dann beide großen Gewerkschaftsverbände erneut zum Generalstreik auf. Unter dem Motto „Unser Leben oder ihre Profite“ prangerten sie die Privatisierungspolitik und die Unterversorgung des öffentlichen Dienstes nicht nur im Verkehr, sondern auch in den Bereichen der Gesundheit und Bildung an.

■ *gr*

Auf Draht dokumentiert:

„Den wahren Freund erkennt man in der Not“, sagte Bundeskanzler Scholz kurz nach dem entsetzlichen Erdbeben in der Türkei und Syrien, „und wir sind wahre Freunde.“

Was schön klingt, geht leider an der Realität der Menschen in Syrien und der Türkei vorbei. Viele Menschen vor Ort sowie ihre Angehörigen in Deutschland warten vergeblich auf Unterstützung der Bundesregierung. Insbesondere die Menschen in Nordsyrien und Geflüchtete in der Türkei hat teilweise noch überhaupt keine Hilfe erreicht. Auch die angekündigten Visaerleichterungen schließen diese Menschen aus. Zudem sind sie aufgrund der bürokratischen Hürden nicht mit den Lebensrealitäten der Überlebenden vereinbar. Gleichzeitig werden weiterhin Menschen aus Deutschland in die Türkei abgeschoben.

Sehr geehrte Frau Faeser, sehr geehrte Frau Baerbock, wir fordern:

- Ein stärkeres humanitäres Engagement der Bundesregierung, um zu gewährleisten, dass Hilfe in allen betroffenen Gebieten gleichermaßen ankommt.
- Unbürokratische Visaverfahren für Erdbebenopfer türkischer, syrischer & aller anderen Nationalitäten mit Angehörigen in Deutschland sowie eine realistische Verlängerung der Aufnahmedauer über die vorhergesehenen 90 Tage hinaus. Das muss auch für Geflüchtete gelten, die ihre Heimat bereits zum zweiten Mal verlassen müssen. Bisher schließt sie die Bundesregierung aus.
- Eine Erweiterung der Aufnahmemöglichkeit. Kinder beispielsweise, die bei dem Erdbeben ihre Eltern verloren haben, oder Verletzte, die keine Versorgung vor Ort bekommen können, müssen zu ihren nächsten Verwandten nach Deutschland kommen können. In solchen Fällen müssen humanitäre Visa unbürokratisch ausgestellt werden.
- Einen bundesweiten Abschiebestopp in die Türkei.

Jede dieser Forderungen ist umsetzbar. Zivilgesellschaftliche Organisationen haben anhand zahlreicher Konvois gezeigt, dass Hilfe nach Syrien möglich ist. Allerdings darf die Verantwortung dafür nicht allein bei der Zivilgesellschaft und der UN liegen – wir erwarten von der Bundesregierung, umgehend dafür zu sorgen, dass die zugesicherte staatliche Hilfe schnell und verlässlich bei den Betroffenen vor Ort ankommt!

Zudem müssen Bundesinnenministerium und Auswärtiges Amt die versprochenen Visaerleichterungen so umsetzen, dass sie für alle Betroffenen gelten. Bisher scheitern selbst Personen, denen die Bundesregierung bereits Erleichterungen eingeräumt hat, an den zu hohen bürokratischen Hürden. Das Erdbeben hat nicht nach Pässen gefragt, wir sollten es auch nicht tun.

PRO ASYL, Wir Packen`s An, Leave No One Behind, Adopt a Revolution

Unterzeichnet die Petition!
Ihr findet sie hier: https://innn.it/ErdbebenGleichbehandlung

AufDraht
Herausgeber:
DKP München & Gruppe KAZ
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:
Jörg Högemann•Kellerstr. 28•81667 München
Mail: auf.draht@gmx.de
https://dkp-muenchen.de • www.kaz-online.de
Druck: Eigendruck im Selbstverlag

Anzeige

KAZ KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG

Die aktuelle **KAZ-Ausgabe 382** vom Februar 2023 ist unter **www.kaz-online.de** veröffentlicht und auch als Druckversion verfügbar.
Titelseite:
Stoppt den neuen Ostlandritt hier und heute - nicht erst vor Stalingrad!
und weitere Artikel u.a.:
Milliarden für Rüstung und Krieg - sollen wir die Zeche bezahlen?

erscheint vierteljährlich
Einzelheft: 1,50 Euro
Jahresabo: 10,00 Euro
gruppeKAZ@kaz-online.de www.kaz-online.de
Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ)
Postfach120262
90109 Nürnberg

Der Maler und Grafiker Guido Zingerl ist tot

90 Jahre alt ist er geworden. Ich habe ihn bei einer Ausstellungseröffnung in Fürstenfeldbruck kennengelernt. Am 26. März war die Totenfeier, die auch eine Ausstellung letzter Arbeiten und die Vorstellung seines endgültig letzten Buches war.

Der Antifaschist aus tiefster Seele sprach aus vielen seiner Bilder. Seine Kapitalismuskritik, die Kritik am alltäglichen Wahnsinn, war bitterböse. Man möchte meinen, er litt mit den Benachteiligten, den Unterdrückten.

Das Thema Krieg und Frieden griff er immer wieder auf. Ob in der Karikatur zu den Gräueln in der Polizeischule Fürstenfeldbruck während der Naziherrschaft oder in „Frieden kommt nicht von allein" zum Golfkrieg. Die künstlich angelegte Skipiste mit ihren Schneekanonen nahm er jedoch genauso aufs Korn. Nein, einen qualifizierten Strich hatte er nicht. Alles war ein wenig derb, so wie sein Thema es erforderte. Er hatte Maschinenbau studiert, nicht Grafik oder Malerei. Er war Autodidakt. 1968 gehörte er zu den Gründern der DKP. Er wird fehlen. Aber sein Werk bleibt. ■A.Z.